

Haushalt 2020 des Kreises Schleswig-Flensburg

TOP 18 der Kreistagssitzung vom 11. Dezember 2019

Grundlage für die Rede des Kreistagsabgeordneten DER LINKEN im Kreistag Schleswig-Flensburg, Manfred Küter, zum Haushalt 2020 des Kreises.

Für die Kreistagsrede selbst gilt, wie immer, das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
DIE LINKE lehnt den Haushalt 2020 ab, da er seine Möglichkeiten zur Politik-Gestaltung im Kreis nicht annähernd ausschöpft. Mit den Eckpunkten des vorgelegten Haushalts wird der Entscheidungsspielraum eingeschränkt, Investitionen über eine weitere Kreditaufnahme tätigen zu können.

Die Gedankenwelt, die diesem Haushalt zugrunde liegt, ist geprägt durch einen schon fast krankhaft überzogenen Sparwillen, der völlig außer Acht lässt, welche Funktion und Aufgaben die Haushalte von Bund, Land und Kreisen bei der Versorgung der Bevölkerung und in einer auf Wachstum ausgerichteten Volkswirtschaft haben.

In den Vorberatungen zu diesem Haushalt wurde öfter darauf hingewiesen, dass man Vorsorge treffen müsse für eine Rezession, ohne aber zu sagen, wann sie denn kommt.

Das Interesse der Wirtschaft wird bei dieser Überlegung völlig außer Acht gelassen. Denn: Wenn schon eine Konjunkturabschwächung befürchtet wird, dann ist es die Aufgabe des Staates, auf einen (erwarteten) Einbruch der Realwirtschaft mit der Stützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu reagieren. Das kann auch der Kreis in seinem Verantwortungsbereich. Das muss er sogar.

Eigentlich sollte dieses auch die CDU wissen und dann entsprechend handeln, denn die CDU nimmt für sich in Anspruch, eine Wirtschaftspartei zu sein. Das Gegenteil geschieht mit der Vorlage des Haushalts 2020: Bei der Forderung nach einer schwarzen Null im Kreishaushalt wird die gesamtwirtschaftliche Verantwortung aller außer Acht gelassen. Das aber geht zu Lasten der Wirtschaft.

Dem Haushalt 2020 liegt die Gedankenwelt einer Frau Merkel zugrunde, die da 2008 auf dem CDU-Parteitag verkündete: „Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben.“

Diese Aussage hat aber überhaupt nichts mit der Frage zu tun, ob es sinnvoll ist, Schulden aufzunehmen. Ganz abgesehen davon, dass ein Staat nicht pleitegehen kann; dass der Staat das Geld für sinnvolle Investitionen heute fast „für umsonst“ bekommt, zeigt sich die Unsinnigkeit dieser Aussage einer Bundeskanzlerin darin, dass der Wohlstand unserer Gesellschaft abhängt von der Aufnahme von Schulden und Krediten. Wenn keiner Schulden machen würde, dann bricht die Weltwirtschaft zusammen.

Diese Denkweise hat übrigens dazu geführt, dass es im Kreis den großen Sanierungsstau bei den Kreisstraßen gegeben hat,

Meine Damen und Herren,
wer auf ein Eigenheim spart, der kann sein ganzes Leben sparen, er wird es in seinem ganzen Leben nie bekommen. Das geht nur über die Aufnahme eines Kredits. Dann aber hat er Schulden. Schulden sind also nicht per se schlecht. Die Frage ist

nur immer, für welche Investition Geld ausgegeben wird, wofür unser Kreis Schulden macht.

Es gibt noch einen zweiten Grund für unsere Ablehnung: Das ist die fehlende Transparenz:

Ende 2018 will der Landrat jährlich 4 Millionen Euro zurücklegen; Mitte 2019 wird dem Kreistag signalisiert: alles ist gut; dann auf der vorletzten Hauptausschusssitzung – vor nicht einmal 14 Tagen - erfolgt der Hinweis, Hilfe, der Kreis hat 10 Millionen Euro Schulden; dann gestern: Es ist alles gar nicht so schlimm, es gibt jetzt 7 Millionen Euro mehr.

Damit ich nicht missverstanden werde: Ich zweifle nicht die Korrektheit bei der Aufstellung des Haushalts an.

Es ist die Undurchsichtigkeit der Informationspolitik, mit der der Kreistag gelenkt und geleitet wird. Das ist eine Vorgehensweise, die zum Beispiel von der im Kreistag dominierenden CDU-Partei ohne Widerspruch akzeptiert wird.

Meine Damen und Herren,
eigentlich besteht der Haushalt aus zwei Teilen:

- a. dem kommunalen Bereich und dem
- b. Konnexitäts-Bereich

Die Schuldenverantwortung für die einzelnen Haushaltspositionen ist aus den uns zur Verfügung gestellten Informationen nicht ersichtlich. Es fehlt u.a. eine periodengerechte Zuordnung der einzelnen Produktbereiche bzw. Etat-Positionen. Technisch möglich ist das schon lange; es gibt entsprechende Programme, z. B. von SAP.

Beim Einsatz solcher Programme können dann auch nicht mit einem Mal 7 Millionen auftauchen, die in die politische Diskussion nicht mit einbezogen wurden.

DIE LINKE lehnt den Haushalt 2020 ab.

Manfred. Küter

11.12.2019